



UVNord Postfach 9 10 · 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Barbara Ostmeier, Vorsitzende
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail froehlich@uvnord.de

Rendsburg, 04.02.2014
Fr./Pe.

Stellungnahme von UVNord

Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern

Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW
– Drucksache 18/1136

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zu dem vorgenannten Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Vorbemerkung

Die Regierungsfractionen nehmen sich in dem vorgenannten Antrag eines wichtigen Themas an, das gerade im Hinblick auf die Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen einen Fortschritt bedeutet, der aber die bestehenden Rechtsnormen für Flüchtlinge und Asylsuchende nicht unbeachtet lassen darf. Die Begründung des Entwurfes ist nach unserem Dafürhalten zwar in der Sache richtungsweisend, in der Wortwahl aber – und hier bitten wir für die Bemerkung um Nachsicht – etwas zu sehr pointiert. Dieses vorangestellt gehen wir auf den Entwurf wie folgt ein:

1. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Fachkräfteinitiativen in den Ländern, aber auch der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ in Schleswig-Holstein, ist das Vorhaben insgesamt konsequent. Notwendig vor etwaiger Umsetzung ist aber, dass wir in Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein eine entsprechende Willkommenskultur implementieren, an der neben der Politik alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt sein müssen.

Auch unter dem Aspekt der inneren Sicherheit, der verbesserten Integration von Jugendlichen mit Migrationserfahrung und der Verhinderung von Jugendkriminalität ist das Anliegen durchaus unterstützenswert.

Aus Sicht der Wirtschaft kann ein solches Vorhaben aber nur dann gelingen, wenn es ein entsprechendes Angebot an Sprachkursen gibt, da das Beherrschen der deutschen Sprache in der Ausbildung eine der wichtigsten Grundlagen bildet für einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Auch sollte ferner überlegt werden, konkrete Hilfen bei der Umsetzung des Gesetzesentwurfes in Betracht zu ziehen. Ausbildungslotsen können hier eine wichtige Hilfestellung bieten; Elternarbeit, um über das duale System der Ausbildung aufzuklären, und das Aufnehmen des frühzeitigen Kontaktes mit den Religionsgemeinschaften sollten wichtige Grundlagen für einen erfolgreichen Integrationsprozess in das duale Ausbildungssystem bilden.

2. In diesen Prozess eingebunden sollten auch Unternehmer mit Migrationshintergrund sein, die einen wichtigen Beitrag für den Erfolg leisten können. Zu nennen ist hier u.a. „Unternehmer ohne Grenzen“ mit Sitz in Hamburg, die auf einen vertieften Erfahrungsschatz zurückblicken können. Vor allem empfehlen wir aber, die Erfahrungen von BQM (Beratung, Qualifizierung, Migration), der KWB (Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e.V.) mit einzubeziehen, die in Hamburg unter Mitträgerschaft der Sozialpartner und im Auftrag des Senats exzellente Integrationsprozesse der in der Hansestadt bestehenden 22 Kernkulturen absolviert hat.
(www.bqm-hamburg.de)

Mit freundlichen Grüßen



Michael Thomas Fröhlich